Vertragsverhandlungen in der grafischen Industrie : Industrievertrag oder betriebsweiser Sozialabbau?

Autor(en): **Kreuzer, Roland**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): **- (1994)**

Heft 22: **Neue Zeiten für Vertragspolitik**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-584078

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

INDUSTRIEVERTRAG ODER BETRIEBSWEISER SOZIALABBAU?

Schon nach der ersten Verhandlungsrunde vom 6. Januar zur Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) liegt klar auf dem Tisch, was sich schon seit Monaten abgezeichnet hat: Die Vorstellungen der Gewerkschaften (Gewerkschaft Druck und Papier GDP; Schweizerischer Lithographenbund SLB; Schweizerische Graphische Gewerkschaft SGG) und der Unternehmer, wie ein neuer GAV in der Druckindustrie aussehen soll, stehen sich diametral gegenüber.

VON ROLAND KREUZER

Arbeit und soziale Sicherheit für alle

Wir wollen einen Vertrag, der möglichst vielen Menschen *Arbeit und soziale Sicherheit* garantiert, weshalb die *35-Stunden-Woche und die Ausdehnung des Geltungsbereichs* des GAV auf alle Beschäftigten der Druckereien zuoberst auf der Forderungsliste stehen. Rund 10 Prozent im technischen Bereich der Druckindustrie sind arbeitslos, 7,5 Prozent – das heisst 4700 Menschen – in der grafischen Industrie insgesamt. *Unsere Hauptforderungen verlangen die Anpassung des GAV an diese wirtschaftliche Realität durch Umverteilung der Arbeit.*

Ausweitung des Vertragsbereichs

Der aktuelle GAV der grafischen Industrie umfasst nur den Produktionsbereich in den Druckereien (ausgenommen die Zeitungsspeditionen), die dem Schweizerischen Verband Grafischer Unternehmen (SVGU) angehören (ca. 1100 Betriebe). Zusätzlich gibt es noch einen GAV des SLB mit dem kleineren Druckunternehmerverband VSD und den «berühmten», gerichtlich angefochtenen, GAV der Buchbindereien mit der SGG mit den ungleichen Löhnen für Frauen. Wir verlangen die Unterstellung aller in der grafischen Industrie Beschäftigten, also auch der Lohnabhängigen der Buchbindereien, der Administration, der Speditionen und der ZeitungsverträgerInnen. Ausgenommen bleiben (vorläufig?) die JournalistInnen, die noch in eigenen GAV-Auseinandersetzungen stecken und im Moment zur Schlichtung an das Eidgenössische Einigungsamt gelangt sind. Bevorzustehen scheint die Fusion der beiden Druckunternehmerverbände und der Buchbindereiunternehmer, womit wenigstens ein Grundstein für den allgrafischen Vertrag gelegt wäre.
Es ist klar, dass die Anhebung der Arbeitsbedingungen «ganz unten» auf das heutige Branchenniveau schwierig in einem Schritt zu bewerkstelligen ist. Unterstellung aller unter den GAV und schrittweise Angleichung der Arbeitsbedingungen ist als möglicher Weg angesagt.

Die Ausweitung des Vertragsbereichs ist zudem die eigentliche Überlebensfrage für die Gewerkschaften, denn der angestammte GAV-Bereich schrumpft und schrumpft – im Tages-Anzeiger untersteht zum Beispiel noch rund ein Drittel der Beschäftigten (VerträgerInnen nicht eingerechnet) dem GAV. Drei Gründe sind dafür auszumachen: sich in rascher Folge ablösende Technologieschübe, Verschiebung von Satz- und Bildproduktion in Verlage und Redaktionen, verbunden mit der Behauptung, der GAV gelte dann nicht mehr (was wir zwar anders sehen, aber jedesmals gerichtliche Schritte erfordern würde), und schliesslich die Do-it-yourself-Druckvorlagenherstellung durch die sich rapid vermehrenden PC-BenützerInnen.

35-Stunden-Woche und die weiteren Forderungen

Wir wollen allerdings nicht einen inhaltslosen Vertrag auf die Gesamtindustrie ausgeweitet haben, sondern Kernstück soll die Realisierung der 35-Stunden-Woche (möglichst in einem Schritt, wenn nötig mit sozial abgestuften Lohnkonzessionen) sein, um der wachsenden Entsolidarisierung entgegenzutreten und die Arbeit umzuverteilen, denn es kann nicht davon ausgegangen werden, dass in der Druckindustrie die heute vernichteten Arbeitsplätze wieder geschaffen werden, auch wenn die Produktion dereinst wieder wachsen wird.

Weitere wichtige Forderungspunkte sind mehr Rechte und echter Kündigungsschutz (mit Recht auf Weiterbeschäftigung bei missbräuchlicher Entlassung) für die Betriebskommissionen, Finanzierung der Weiterbildung, verbindliche Richtlinien für das Erstellen von Sozialplänen bei Entlassungen aus wirtschaftlichen und Rationalisierungsgründen, Richtlinien für Gesundheits- und Umweltschutz, Kinderkrippen in Betrieben mit über 100 Beschäftigten, Chancengleichheit für Frauen, ein Artikel gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, 16 Wochen bezahlter Mutterschaftsurlaub, Erneuerung des Anhangs über die Lehrlinge (Weiterbeschäftigung nach der Lehre z.B.).

Mit der Dampfwalze über den Gesamtarbeitsvertrag

Zwar sehen auch die Druckunternehmer die innert zweier Jahre um rund 400 Prozent gestiegenen Arbeitslosigkeit in der grafischen Industrie, nur ziehen sie andere Schlüsse daraus: Man hört beinahe das Rascheln der Banknoten in ihren Köpfen bei der Vorstellung, wie gut sich die zunehmend dramatische Arbeitslosensituation in den letzten Jahren geeignet hat, um Löhne zu kürzen, den Teuerungsausgleich zu verweigern, Personalabbau im grossen Stil zu betreiben und die Produktivität zu steigern (nämlich um rund 5 Prozent von 1991 bis Mitte 93).

Diesen Prozess will der Druckunternehmerverband SVGU in den laufenden GAV-Verhandlungen mit der Dampfwalze weiterführen. Kernstück seines GAV-Konzepts ist die Verlagerung der wichtigsten Regelungen, die heute das Rückgrat des GAV bilden, auf die Betriebsebene. «Im GAV soll nur das geregelt werden, was innerbetrieblich nicht einfacher geregelt werden kann» und «Verstärkung des innerbetrieblichen Dialogs» lauten die wohlklingenden Worthülsen, die diese Abbaustrategie kaschieren sollen.

Führt man sich ihr Abbaukonzept vor Augen, so wird einem richtig klar, wie grenzenlos frech und rücksichtslos Unternehmer in der heutigen Zeit geworden sind:

1.

Die heute geltende 40-Stunden-Woche wird nur noch im Jahresdurchschnitt garantiert. Möglich werden soll die Verwilderung der Arbeitszeiten zwischen 32 und 45 Stunden pro Woche.

2.

Die vertraglichen, landesweit gültigen Minimallöhne werden ersetzt durch betriebliche Abmachungen.

3.

Der Teuerungssausgleich wird im Betrieb festgelegt (heute automatischer Ausgleich bis 5 Prozent im GAV).

4.

Zuschläge für Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit werden im Betrieb geregelt (zur Zeit gilt: Nacht und Sonntag 100 Prozent Zuschlag, Abend 40 bis 50 Prozent).

Zusätzlich zu dieser betriebsweise durchzuführenden «Entlaubung» des GAV würde generell

- die Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall verschlechtert,
- die Löhne um 100 Franken gekürzt durch Aufhebung einer Spareinrichtung,
- die Vereinbarungen über verlängerte Kündigunsfristen usw. bei Rationalisierungen, Betriebsschliessungen, Entlassungen just für Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen ausser Kraft gesetzt, obwohl sie genau dafür geschaffen wurden,
- und schliesslich möchte der SVGU als Geschenk noch einen Krisenartikel à la SMUV. Ich frage mich nur, wozu er denn den noch brauchen würde, denn wenn alle seine Wünsche in Erfüllung gingen, verkäme der ganze GAV zum Krisenartikel!

Diese Entsolidarisierungslinie müssen wir entschieden zurückweisen, denn das Fallenlassen von Branchenreglungen in den genannten zentralen Punkten würde sich nicht nur materiell und bezüglich der Lebensqualität höchst negativ auswirken. Hinzu käme das Ausspielen der Belegschaft des einen Betriebs gegen diejenige von andern: Die ruinöse Konkurrenz zwischen den Betrieben, der Preiskampf, mit dem sich Unternehmer gegenseitig fertigmachen, würde ausgedehnt auf die Belegschaft, ein unseliger Betriebsegoismus würde sich ausbreiten.

Demokratie hinter den Betriebstoren

Apropos innerbetrieblicher Dialog, den die Unternehmer so gerne an die Stelle der Beziehungen zu den Gewerkschaften setzen würden: Wäre es dem SVGU ernst mit der Förderung eines echten Dialogs, müsste dem ein unternehmerisches Bekenntnis zur betrieblichen Demokratie vorausgehen. Belegschaft und Gewerkschaften müssten etwas zu sagen haben zur Gestaltung der Arbeitsplätze, zu Investitionen, zur Anwendung von Technologien, zur Qualität der Produkte, wie wir dies schon seit Jahren fordern. Zahlen müssten auf den Tisch gelegt, die diktatorischen Machtbefugnisse des Managements abgeschafft werden, Entscheide (von Kündigungen über Lohnfragen bis zu den Investitionen, den Managerspitzenlöhnen und den Dividenden) ohne Einverständnis der Belegschaft würden nichtig. Die Gewerkschaften müssten als regulierender Faktor zu Verhinderung von Betriebsegoismus beigezogen werden.

All dies meint der SVGU nicht. Und die Erfahrung zeigt uns, dass Unternehmer im allgemeinen ein sehr seltsames Verständnis von Dialog haben: hier befehlsgebende Hierarchie – da zuhörende, gehorchende und arbeitende Basis.

Stoppen wir die Egoisten und Ideologen

Der SVGU steht nicht allein in der heutigen Wirtschafts- und Politlandschaft mit seiner Haltung, soziale Regelungen zum Schutz der Schwächeren zugunsten eines hemdsärmligen Recht des Stärkeren über Bord zu werfen. Was er uns präsentiert, ist die Umsetzung für die grafische Branche der von nahezu der gesamten bürgerlichen Unternehmer-, Banken-, und Politiker-Kaste propagierten Verwilderung der sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, die uns seit Monaten unter dem Etikett «Deregulierung und Liberalisierung» um die Ohren geschlagen wird. Es wäre deshalb gefährlich und naiv, zu glauben, dies alles sei das normale Vorspiel zu GAV-Verhandlungen und die Suppe werde dann schon abkühlen, bis es ums Essen geht. Wir befinden uns heute in einer Periode, wo die bürgerliche Seite Aufwind verspürt, den Angriff auf alles sozial Aussehende und Tönende an allen Fronten gleichzeitig vorträgt, betrieblich, gesamtwirtschaftlich und politisch. Deshalb bin ich überzeugt davon, dass die SVGU-Strategie des betriebsweisen Sozialabbaus sehr ernst zu nehmen ist.

Bis Ende August, wenn der gültige GAV abläuft, wird rein am Verhandlungstisch und auf die Einsicht der Unternehmer bauend kaum ein sozialverträgliches, akzeptables Vertragswerk entstehen, denn die Unternehmer können ihre gewünschte Abbauorgie betriebsweise auch ohne GAV in einer Periode des vertragslosen Zustands in Angriff nehmen, um damit die Gewerkschaften mürbe zu machen für die Unterzeichnung eines GAV, der diesen Namen kaum noch verdient.

Wir hingegen wollen nicht den Egoismus und die Gewinne fördern, sondern die Arbeit umverteilen und alle in den Druckereien Arbeitenden sozial absichern. Dazu braucht es einiges mehr als hohle Worte: einen nationalen Zusammenhalt, für die ganze Branche gültige GAV-Regelungen, Solidarität und Engagement aller.

1994 wird sich entscheiden, ob soziales Denken in unserer Branche noch Platz hat.

■